

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Die erste Tour – das Versagen der italienischen Externalisierungspolitik in Albanien

Die italienische Regierung hat es wahrgemacht und die ersten **16 Personen nach Albanien** gebracht. Ein hochsymbolischer Schritt der Meloni-Regierung, der heftige Kritik auslöst. Nachdem erst vier Personen – zwei Minderjährige und zwei Menschen mit besonderen Bedürfnissen –, die gar nicht nach Albanien hätten gebracht werden dürfen, von der



Foto: Piergiuliano Chesi, CC BY 3.0

italienischen Küstenwache nach Italien zurückgebracht werden mussten, **wurde die Haft auch für die verbleibenden 12 Personen nicht verlängert.** Der teure und politisch umstrittene Plan der Meloni-Regierung wirft sehr viele

Frage auf, unter anderem zur Rechtmäßigkeit und Effizienz. Unseren Artikel zu den aktuellen Entwicklungen und allen [Einzelheiten](#) ist hier zu finden.

Grenzzentren in Italien

Weiterhin ausstehend ist die Frage nach der **Legalität von Grenzzentren**, die Italiens Regierung im Cutro-Dekret vorsieht. [Laut Dekret](#) sollen Migrant*innen in diese Lager verbracht werden, die irregulär nach Italien gekommen sind, aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ kommen und „nicht-vulnerabel“ sind, um ein Schnellverfahren zu durchlaufen. Dies bedeutet, dass vorrangig junge Männer betroffen sein werden. Für die Zeit der Bearbeitung des Asylverfahrens sollen sie inhaftiert werden, um nach dem Willen der italienischen Regierung direkt wieder abgeschoben zu werden. Dieser Vorgang reiht sich nahtlos in die

bisherige Politik der Regierung Meloni ein, Flucht und Migration zu kriminalisieren.

Nachdem der erste Versuch eines Grenzzentrums in **Pozzallo-Modica an den Richter*innen in Catania gescheitert war**, wurde Mitte August ein neues Grenzzentrum in Porto-Empedocle errichtet – hier liegt die Gerichtbarkeit nämlich in Palermo. Jedoch **lehnt auch das Gericht in Palermo 90% der Anträge** der Inhaftierung von Migranten ab. Denn der von der Regierung gewünschte scheinbare Automatismus – sicheres Herkunftsland gleich Grenzzentren – ist rechtswidrig. Jeder Fall muss vom zuständigen Gericht individuell geprüft und bestätigt werden, woraufhin die Mehrheit der Richter in Palermo die Inhaftierung von Migrant*innen für unverhältnismäßig erklärten. Die Inhaftierung von Geflüchteten in Grenzzentren sei nur als letztes Mittel zu verordnen, was in den meisten Fällen nicht so sei. Außerdem [entschied das Gericht in Catania](#) nun, dass sowohl Ägypten als auch Tunesien nicht automatisch für alle Menschen als sicheres Herkunftsland eingestuft werden darf (mehr dazu auch im Albanien-Teil).

Eine weitere rechtliche Unklarheit der Grenzzentren ist eine im Dekret vorgesehene Kautio in Höhe von knapp 5.000 Euro, die Asylsuchende zahlen sollen, wenn sie das Asylverfahren nicht in einem Grenzzentrum durchlaufen wollen. Nach einer Klage sollte die Rechtmäßigkeit dieser Kautio vor dem italienischen Gericht geklärt werden. Jedoch entzog sich die Regierung der Prüfung, indem sie das Gesetz zurückzog. Dies geschah vermutlich aus Angst, ein Urteil könnte die Rechtswidrigkeit des Cutro-Dekrets feststellen und damit ihre Pläne in Albanien gefährden. Anstatt also eine rechtliche Prüfung durchzustehen, wurde ein neues Gesetz verabschiedet, das anstelle der 5.000 Euro eine „individuelle“ Festsetzung der Höhe der Kautio durch die zuständigen Richter*innen vorsieht und nun zwischen 2.500 und 5.000 liegt. Ob das jedoch die Problematik der Inhaftierung in einem solche Zentrum aufhebt ist fraglich, denn das inzwischen vom **EuGH erlassene Urteil** – siehe hierzu unseren Leitartikel zum Zentrum in Albanien – zu sog. sicheren Herkunftsländern könnte das ganze System der beschleunigten Grenzverfahren in Frage stellen.

Dennoch gibt die Regierung nicht auf: Nachdem das Grenzzentrum in Porto Empedocle blitzschnell

im Juli 2024 errichtet wurde, plant die Regierung nun die [Neueröffnung von zwei weiteren sizilianischen Zentren](#) in **Augusta und Trapani**. Obwohl die Rechtsgrundlage dieser Zentren weiterhin unklar bleibt, wird bereits ein Budget von 16 Millionen Euro für beide Zentren eingeplant, die Ende 2024 in Betrieb genommen werden sollen.

Open Arms gegen Salvini – die letzte Runde

2019 rettete die Open Arms in drei Einsätzen 163 Menschen aus Seenot, doch der damalige Innenminister Matteo Salvini verweigerte 21 Tage lang die Erlaubnis zur Einfahrt in einen sicheren Hafen. Erst nachdem 12 verzweifelte Personen ins Meer gesprungen waren, wurde dem Schiff die Anlandung gewährt. Open Arms reichte daraufhin eine Klage wegen Freiheitsberaubung und Amtsmisbrauch ein. Aus Sicht der Staatsanwaltschaft in Palermo [trägt Salvini die volle Verantwortung](#). Die stellvertretende Staatsanwältin Marzia Sabella sowie ihre Kollegen Gery Ferrara und Giorgia Righi **fordern eine sechsjährige Haftstrafe** für den ehemaligen Innenminister, der nun Minister für Infrastruktur und Parteivorsitzender der rechten Lega ist.



Foto: Open Arms

Der Salvini-Open-Arms-Prozess geht über parteipolitische Kontroversen und gegenseitige Vorwürfe der Einmischung zwischen Politik und Justiz hinaus. Es wirft vor allem die **bedeutende ethisch-politische Frage** des Gegensatzes zwischen der Verteidigung nationaler Grenzen und den Verpflichtungen zur humanitären Aufnahme auf. Das Urteil soll am 20. Dezember 2024 gesprochen

werden. Mehr zum Prozess Open Arms gegen Matteo Salvini [ist hier zu finden](#).

DDL Sicurezza – Das neue Sicherheitsdekret

Im September erließ die Regierung **ein neues „Sicherheits“-Dekret**, das sog. DDL Sicurezza. Das Dekret, welches am 18. September vom Parlament bestätigt wurde und nun vom Senat geprüft werden muss, geht hart gegen Migrant*innen und die Opposition vor, in dem sie **zivilen Widerstand kriminalisiert**. Konkret dürfen auch **SIM-Karten** nur noch an Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis verkauft werden. Das ist klar diskriminierend. Hohe Strafen sollen außerdem gegen diejenigen verhängt werden, die sie illegal weitergeben und auch an diejenigen, die sie legal verkaufen, aber nicht ausreichend geprüft haben.

Am vielleicht erschreckendsten sind jedoch die eingeführten Strafen, welche **auf Protestaktionen** abzielen. Das neue Dekret betrifft somit nicht nur bereits marginalisierte Gruppen, wie etwa Migrant*innen, sondern die gesamte Gesellschaft. Außerdem werden Protestaktionen, aktiver wie auch passiver Widerstand, in CPRs (Centri di permanenza per i rimpatri – Rückführungs-/Abschiebungszentren) mit bis zu 20 Jahren Freiheitsstrafe geahndet. Das ist vor allem kritisch, da es gerade in den CPR immer wieder zu Protesten aufgrund der unmenschlichen Bedingungen kommt (mehr dazu in unserer letzten Ausgabe). Die **Kriminalisierung von Protest** gilt darüber hinaus auch für „Revolten“ in Gefängnissen und Straßenblockaden. Außerdem werden ähnlich hohe Haftstrafen für Hausbesetzungen eingeführt. Zusammenfassend versucht die Regierung hiermit also, die Opposition, marginalisierte Gruppen und vor allem Migrant*innen noch mehr zu kriminalisieren. Währenddessen soll der Polizeiapparat besser finanziert werden, ohne aber gleichzeitig grundlegende Mechanismen einzuführen, die vor potenziellem Missbrauch des Gewaltmonopols schützen könnten.

Das **„Sicherheits-Dekret“ erfährt aber auch Kritik**. Laut Jurist Patrizio Gonnella sei das neue Gesetz „**der größte und gefährlichste Angriff auf die Protestfreiheit in der Geschichte der italienischen Republik**“. Auf den Straßen der Metropolen des

Landes wird laut gegen das neue Gesetz protestiert. Der Entwurf wurde von den verschiedenen [Kommissionen des Senats geprüft](#), nun haben sie Zeit bis zum 7. November, um Änderungen einzufordern, was von Seiten der Opposition zu erwarten ist.

Präsidentenwahlen in Tunesien

In Tunesien wurde der langjährige **Präsident Kais Saïed wiedergewählt**. Mit unglaublichen [89,2 % der Stimmen](#) konnte der autokratische Präsident sein Amt wieder antreten. Doch Saïed hatte im Grunde keine echte Konkurrenz, da Oppositionelle seit längerem massiv verfolgt werden. So wurde kürzlich erst Abir Moussi, eine [prominente Gegnerin Saïeds verhaftet](#). Die Zersetzung der „Ausnahme-Demokratie Nordafrikas“ Tunesien beginnt im Grunde, als Saïed im Juli 2021 das Parlament per Dekret auflöste und daraufhin eine verstärkt präsidial fokussierte Verfassung durchsetzt. Unter dem Deckmantel demokratischer Wahlen legitimiert der Präsident lediglich seine Macht, ebenso wie viele andere Autokratien. Doch für die EU und Italien ist Tunesien weiterhin ein wichtiger Partner als ein Türhüter der EU.

Situation der Geflüchteten

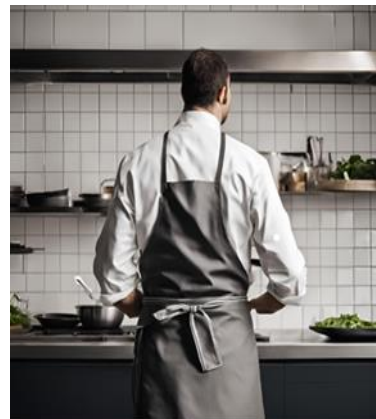
Die Regierungsreformen, die darauf abzielen die Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen immer weiter einzuschränken, werden sich drastisch auf deren bereits prekären Lebensbedingungen auswirken. Ein Aufnahmesystem, in dem die menschenwürdige Inklusion in unsere Gesellschaft kaum Platz hat, Ausbeutung, und Kriminalisierung an der Tagesordnung sind – die Situation von Geflüchteten in Italien zeichnet ein trauriges Bild. Vor diesem Hintergrund wollen wir jedoch in dieser Ausgabe auch auf hoffungsvolle Ereignisse blicken, die uns alle daran erinnern sollten, dass der Kampf um Menschenrechte noch lange nicht verloren ist.

Schadensersatzklage gegen Arzt nach Tod von Geflüchteter

Fatoumata Bamba, eine 26-jährige Ivorerin und Mutter von zwei Kindern, kam am 18. Februar 2023 über das Mittelmeer in Lampedusa an, und starb nur wenige Stunden nach ihrer Ankunft an einer

Lungenembolie. [Ihr Tod wäre vermeidbar gewesen](#). So urteilt die Staatsanwaltschaft, die Klage gegen Carlo Lotà, den behandelnden Arzt von Fatoumata, erhoben hat. Lotà soll keinerlei Untersuchung vorgenommen haben, nicht einmal die wesentlichste Messung der Vitalparameter, während Fatoumata bereits alarmierende Atemwegssymptomatik zeigte, die auf eine sich anbahnenden Lungenembolie hätten schließen lassen. Anstatt seiner ärztliche Pflicht Folge zu leisten, beschloss Lotà abzuwarten – ein fataler Fehler. Die Anwälte des Ehemannes von Fatoumata fordern nun eine Schadensersatzklage in Höhe von fast 400.000 Euro. Ein wichtiger und bedeutsamer Schritt für Gerechtigkeit, insbesondere für diejenigen, deren Schicksale so oft vergessen wird.

Präzedenzfall Rashid



[Rashid](#) kam 2017 wie viele andere Migrant*innen über das Mittelmeer nach Italien. Zuvor war er aus Bangladesch nach Libyen geflohen, wo er hoffte als Elektriker arbeiten zu können, um seine Familie, die in Bangladesch

blieb, zu unterstützen. Doch die unmenschlichen Bedingungen in Libyen zwangen ihn schließlich zur Flucht nach Italien.

Rashid lebte zuerst in prekären Verhältnissen auf Sizilien und konnte trotz harter Arbeit kein stabiles Leben aufbauen. Familien-zusammenführung schien unmöglich, doch er kämpfte weiter. Nach Erhalt einer Aufenthaltstitels zog er nach Bologna und fand Arbeit als Hilfskoch. Als seine Aufenthaltserlaubnis 2023 ablief, erschwerten neue Beschränkungen des sog. Cutro-Dekrets die Verlängerung, und er drohte, in die Irregularität zu rutschen oder gar abgeschoben zu werden. Dank der Unterstützung der Gewerkschaft CGIL und der Arbeit von Anwalt*innen konnte Rashid jedoch vor Gericht sein Recht auf eine **Umwandlung der Sonderschutzurlaubnis in eine Arbeitsgenehmigung** durchsetzen. Dies ist nun nur noch mit sehr guter

anwaltlicher Hilfe möglich und betrifft viele Geflüchtete.

Doch er konnte nun nicht nur sich selbst eine Zukunft ermöglichen, sondern auch einen bedeutenden Präzedenzfall für viele andere Geflüchtete und Migrant*innen schaffen, die durch die repressiven Bestimmungen der Meloni-Regierung gefährdet sind.

Initiative des Human Safety Net und Generali

Die Initiative des [Humanity Safety Net und Generali](#) nimmt das in die Hand, was die Regierung versäumt: Ein neues Programm soll 300 Geflüchtete und Migrant*innen in Italien dabei unterstützen, durch Ausbildungen und Arbeitsvermittlungen in den Gesundheits- und Sozialbereich einzusteigen. Ziel dabei ist es, den steigenden Bedarf an Pflegekräften angesichts des demographischen Wandels zu decken und die Integration von Migrant*innen zu fördern.

Auch wenn dieses Projekt lobenswert ist, gilt es die Bedeutung solcher Initiativen im aktuellen politischen Kontext kritisch zu hinterfragen: Warum sind Geflüchtete und Migrant*innen überhaupt auf solche Projekte angewiesen? Die Antwort ist klar: **Die gewollte Kriminalisierung und Rechtslosigkeit lässt viele Migrant*innen perspektivlos.** Würde sich die Regierung also weniger auf populistische und ineffektive Projekte wie den Albanien-Deal konzentrieren, könnten Gelder sinnvoller in bessere Aufnahmestrukturen investiert werden. Dann gäbe es auch keine Notwendigkeit für Projekte wie diese, die letztendlich nur wenige Menschen erreichen können. Menschenwürde sollte kein Glücksspiel sein, sondern das Grundrecht einer jeden Person.

Monitoringprojekt Arci Porco Rosso und borderline-europe: Die Erntehelfer kehren nach Campobello zurück

Über neue und alte Probleme eines nicht nachhaltigen Lebens in der saisonalen Arbeit [schreibt unser Monitoringpartner Arci Porco Rosso](#). Die Camps in Campobello di Mazara, an der westlichen Küste Siziliens gelegen und jedes Jahr für die **unerträglichen Bedingungen der Olivenernte** bekannt, sind auch dieses Jahr wieder ein Thema. Menschen kommen von weit her, um sich hier ein

karges Geld zu verdienen, doch dieses Jahr macht die Dürre der Ernte einen Strich durch die Rechnung.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht „Kosmos Palermo“](#).



Zum Hören [hier](#) unsere Podcasts aus Italien!

Kontakt

[borderline-europe](#)

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>

Der Scirocco erscheint im Jahr 2024 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR)

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unsplash